

Motion betreffend Verbot von bezahlten Mandaten für ehemalige Regierungsräte

10.5352.01

Die Ankündigung der Wahl von alt Bundesrat Moritz Leuenberger in den Verwaltungsrat des Baukonzerns Implan hat für Empörung gesorgt. Als ehemaliger Vorsteher des UVEK hatte alt Bundesrat Leuenberger während seiner Amtszeit direkte Verbindungen zum Bausektor. Dass er nun, wenige Wochen nach seinem Austritt aus dem Bundesrat, ein solches Mandat annimmt, schadet gemäss SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer (zitiert in der baz vom 1.12.2010, S. 5) "dem Ansehen der politischen Institutionen, schwächt deren Glaubwürdigkeit und weckt den Verdacht des „Filzes“." Auch die SVP-Fraktion zeigt sich empört und fordert eine Karenzfrist von vier Jahren, bevor Bundesräte bezahlte Mandate übernehmen dürfen.

Die heutigen Pensionslösungen für Regierungsmitglieder auf der Ebene Bund und Kantone stellen sicher, dass Mitglieder der Exekutive nach ihrem Rücktritt einen angemessenen Lebensstandard beibehalten können. Damit sollte u.a. gewährleistet sein, dass Sonderinteressen der Wirtschaft während der Amtsführung keinen Einfluss auf Entscheidungen haben.

In den vergangenen Jahren haben auch in Basel-Stadt diverse Regierungsräte - kurz nach ihrem Rücktritt - wichtige Funktionen in der Privatwirtschaft und in kantonsnahen Organisationen angenommen. Diese Funktionen standen resp. stehen teilweise direkt im Zusammenhang mit ihrer vorherigen Tätigkeit in der Exekutive. Aus den oben genannten Gründen ist dies nach Meinung des Motionärs fragwürdig.

Der Unterzeichnende stellt dem Grossen Rat deshalb den Antrag, den Regierungsrat zu verpflichten, einen Gesetzesartikel zu formulieren, der das folgende Anliegen umsetzt:

Aus dem Amt scheidende Regierungsräte dürfen während mindestens vier Jahren keine bezahlten Mandate und Leitungsfunktionen in Firmen und Organisation annehmen, deren Tätigkeit in einem engen Zusammenhang mit der früheren regierungsrätlichen Funktion steht und/oder die in nennenswertem Umfang Aufträge des Kantons Basel-Stadt oder vom Kanton nahe stehenden Unternehmen oder Organisationen erhalten.

Sebastian Frehner